**Stadt Haldensleben
Die Bürgermeisterin
Stadthof**

**B e s c h l u s s v o r l a g e
für den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates am 06.12.2018**

Beschluss-Nr.: 404-(VI.)/2018

**Gegenstand der Vorlage:
2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Haldensleben (Straßenreinigungsgebührensatzung)**

Gesetzliche Grundlage:

- Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
- Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt
- Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt

Begründung:

Die zurzeit gültige Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Haldensleben (Straßenreinigungsgebührensatzung) stammt inkl. einiger nachträglicher Änderungen aus dem Jahr 2015 und beruht auf Gebührensätzen, die in einer Kalkulation, deren Kalkulationszeitraum die Jahre 2016 bis 2018 umfasst, ermittelt worden sind. Nach Ablauf des Kalkulationszeitraumes ist nun für die Folgejahre eine Neukalkulation notwendig (§5 Abs. 2b KAG LSA). Des Weiteren wurde bekannt, dass die Kosten der Papierkorbleerung nicht auf die Gebührenpflichtigen hätten umgelegt werden dürfen. Außerdem galt es, den Stadtanteil (der auf das Allgemeininteresse entfallende Kostenanteil der Straßenreinigung) zu überprüfen.

Erläuterung Kostenverrechnung

Im Zuge der Nachkalkulation, die immer stattzufinden hat, wenn sich der aktuelle Kalkulationszeitraum dem Ende nähert, wurde eine jährliche Überdeckung im Bereich der Straßenreinigungsgebühren festgestellt. Gemäß §5 Abs. 2b KAG LSA sind Kostenüberdeckungen innerhalb der nächsten drei Jahre auszugleichen, wenn am Ende eines Kalkulationszeitraumes die tatsächlichen von den kalkulierten Kosten abweichen.

Grund für die starke Überdeckung ist die Heranziehung der Kosten für die Papierkorbleerung, diese dürfen nicht als Teil der gebührenfähigen Kosten auf die Gebührenpflichtigen umgelegt werden. In der ursprünglichen Kalkulation für die Jahre 2016 bis 2018 wurde von einem jährlichen Kostenrahmen in Höhe von 333.787,50 € ausgegangen (siehe Anlage 4). In der Nachkalkulation wurden die jährlichen Kosten auf lediglich 123.266,18 € festgesetzt (Anlage 3, Seite 5) - die Überdeckung beträgt somit 210.521,32 € p.a. und über den gesamten Kalkulationszeitraum 631.593,96 €.

Ausgeglichen wird diese Überdeckung über den nun folgenden Kalkulationszeitraum in den Jahren 2019 bis 2021. In der aktuellen Kalkulation für diesen Zeitraum (Anlage 2) betragen die umlagefähigen Kosten 172.786,00 € (siehe Betriebsabrechnungsbogen BAB Seite 5).

Hochgerechnet auf drei Jahre ergibt sich somit eine Summe in Höhe von 518.358,00 €, die schon einen Großteil der Überdeckung aus den Vorjahren ausgleicht. Die Differenz in Höhe von 113.235,96 € wird dann in der folgenden Kalkulation für die Jahre 2022 bis 2024 berücksichtigt.

Erläuterung Stadtanteil

Der Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz) verbietet, die Anlieger ohne Einschränkung oder Ausgleich der vollen Straßenreinigungspflicht zu unterwerfen (und auf dieser Grundlage eine Gebührenpflicht zu begründen), wenn und soweit die Straßenreinigung dem Allgemeininteresse an sauberen Straßen dient (BVerwG vom 07.04.89 – 8 C 90.87). Ergänzend hierzu wurde durch das BVerwG ausgeführt: „Wird die Straßenreinigung in einer Gemeinde nicht allein für Anliegerstraßen und damit ausschließlich im besonderen Interesse der Anlieger, sondern auch für Straßen, die nicht nur

dem Anliegerverkehr dienen (z.B. Straßen mit innerörtlichem Durchgangsverkehr) und damit zugleich im Interesse der übrigen Straßenbenutzer und insoweit im Allgemeininteresse durchgeführt, so erweist es sich unter keinem vernünftigen Gesichtspunkt als sachgerecht und verstößt daher gegen den Gleichheitsgrundsatz, wenn Kosten, die die Befriedigung dieses Allgemeininteresses betreffen, den Anliegern aufgebürdet werden“.

Bislang war in der vorhergehenden Straßenreinigungsgebührensatzung ein Eigenanteil mit 25 % pauschal festgesetzt. Nach der o.g. Rechtsprechung des BVerwG und nach der neuesten Rechtsprechung vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg 9. Senat, Urteil vom 16.02.2016, Az.: 9 KN 288/13 ist eine pauschale Festsetzung des Eigenanteils in Höhe von 25 % unzulässig.

Die Festlegung der Höhe des auf das Allgemeininteresse entfallenden Kostenanteils liegt im Ermessen des Stadtrates. Insoweit steht der Stadt Haldensleben eine weitgehende Einschätzungsfreiheit zu. Bei der Entscheidung hat sich die Stadt an den örtlichen Verhältnissen zu orientieren und insbesondere das Verhältnis zwischen den Straßen mit ihren jeweils unterschiedlichen Anlieger- bzw.

Allgemeininteressen zu berücksichtigen. Das Allgemeininteresse ist umso höher zu bewerten, je intensiver die Straße durch Nichtanlieger in Anspruch genommen wird.

Anrechenbar sind nur die Flächen, die von der Stadt zu reinigen sind, da die Kosten der Straßenreinigung sich nur auf die Straßen beziehen. Diese Reinigungsflächen wurden entsprechend ermittelt.

Unter Berücksichtigung und Auslegung der o.g. Rechtsprechung wurden die Straßen in die Straßenkategorien – Durchgangsverkehr, starker innerörtlicher Verkehr, Anliegerverkehr, Fußgängerzonen, Parkplätze, Fuß- und Radwanderwege und Busbahnhöfe – eingeordnet (siehe Seite 11 der Kalkulation für 2019-2021 - Anlage 2).

Die Verwaltung schlägt für die einzelnen Straßengruppen folgende Anteile des Allgemeininteresses vor. Die hier angesetzten Prozentsätze wurden aus einschlägiger Rechtskommentierung und Erfahrungswerten anderer Kommunen ermittelt und gewichtet.

- Überörtliche Durchgangsstraßen werden von vielen Nichtanliegern genutzt. Das Interesse der Anlieger an einem sauberen Umfeld ist ebenso groß, wie bei den anderen Straßen. Der Anteil des Allgemeininteresses wird hier mit 50 % angesetzt.
- Bei Straßen mit starkem innerörtlichen Verkehr handelt sich um Haupterschließungsanlagen, die die Anliegerbereiche erschließen. Das Interesse der Anlieger an einem sauberen Umfeld ist daher groß. Der Anteil des Allgemeininteresses wird hier mit 25 % angesetzt.
- Anliegerstraßen werden in der Regel nur von den Anliegern genutzt. Das Interesse der Anlieger an einem sauberen Umfeld ist sehr groß. Der Anteil des Allgemeininteresses wird hier mit 5 % angesetzt.
- Fußgängerzonen werden naturgemäß von vielen Nichtanliegern genutzt. Das Interesse der Geschäftsinhaber an einem sauberen Umfeld ist jedoch sehr groß. Auch in den anliegenden Gebäuden sind viele Wohnungen, so dass die Fußgängerzone ähnlich der Straßen mit starkem innerörtlichen Verkehr auch mit 25 % angesetzt wird.
- Bei den sonstigen Anlagen überwiegt das Allgemeininteresse an einem sauberen Umfeld. Jedoch ist das Interesse der Anlieger nicht außeracht zu lassen. Der Anteil des Allgemeininteresses bei Parkplätzen, Wanderwegen und Busbahnhöfen wird hier analog zur Durchgangsstraße mit 50 % angesetzt.

Die ermittelte Fläche des Allgemeininteresses in Höhe von 339.315,58 m² ins Verhältnis gesetzt zu der Gesamtfläche in Höhe von 1.399.944,58 m² ergibt einen Anteil des Allgemeininteresses in Höhe von 24,24 %, gerundet 24 %.

Finanzielle Auswirkungen:

Aufwendg./Auszahlg.: ca. -150.000 EUR jährlich aufgrund des Wegfalls der Papierkorbentleerung
HH-Jahr , KTR: 54501101 , KST:40100100,I.-Nr.: , SK/FK 432109/

Die Mittel stehen planmäßig zur Verfügung: ja nein

Deckungsquelle:

(Mehr-)Erträge/Einzahlg.: EUR
HH-Jahr , KTR: , KST: ,I.-Nr.: , SK/FK /

Beschlussempfehlungen und -fassungen:

Ausschuss	am:	Abstimmungsergebnis
Wirtschafts- und Finanzausschuss	02.10.2018	
Ortschaftsrat Süplingen	08.10.2018	
Ortschaftsrat Satuelle	10.10.2018	
Ortschaftsrat Uthmöden	11.10.2018	
Ortschaftsrat Wedringen	15.10.2018	
Ortschaftsrat Hundisburg	17.10.2018	
Hauptausschuss	08.11.2018	
Stadtrat	06.12.2018	

Anlagen:

- Anlage 1: 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Haldensleben (Straßenreinigungsgebührensatzung)
- Anlage 2: Kalkulation Straßenreinigungsgebühren 2019 - 2021
- Anlage 3: Nachkalkulation Straßenreinigungsgebühren 2016 - 2018
- Anlage 4: Auszug Kalkulation Straßenreinigungsgebühren 2016 - 2018

Beschlussfassung:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt in seiner öffentlichen Sitzung am 06.12.2018 die als Anlage 1 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Haldensleben (Straßenreinigungsgebührensatzung).

i.V.

Aust

2. stellv. Bürgermeisterin